

Der Polizeipräsident in Berlin

LKA 5



Lagedarstellung
der Politisch motivierten Kriminalität
in Berlin
für das Jahr 2007

Der Polizeipräsident in Berlin
LKA 5



Herausgeber:

Der Polizeipräsident in Berlin
LKA 5
Platz der Luftbrücke 6
12101 Berlin

Tel.: 030/4664-0
Fax: 030/4664-952199
Internet: lkaVBln@T-Online.de



Einleitung	5
1 Politisch motivierte Kriminalität	
1.1 Gesamtübersicht im Jahresvergleich	6
1.2 Tatverdächtige der Politisch motivierten Kriminalität	7
1.3 Betrachtung des KPMD-PMK unter Gender-Aspekten	8
2 Politisch motivierte Kriminalität - rechts	
2.1 Gesamtübersicht im Jahresvergleich	
2.1.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK – rechts	9
2.1.2 Fallzahlen PMK – rechts mit ausgewählten Themen- und Unterthemenfeldern im Jahresvergleich	10
2.1.3 Fallzahlen PMK – rechts nach Verwaltungsbezirken	11
2.2 Tatverdächtige PMK – rechts	12
2.3 Herausragende Ereignisse PMK - rechts	13
2.4 Parteien/Organisationen/Vereine/Gruppierungen PMK - rechts	13
2.5 Besondere Entwicklungen PMK - rechts	15
2.6 Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg/länderübergreifende Kriminalitätsphänomene PMK - rechts	15
2.7 Prognose PMK - rechts	15
3 Politisch motivierte Kriminalität - links	
3.1 Gesamtübersicht im Jahresvergleich	
3.1.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK - links	16
3.1.2 Fallzahlen PMK – links mit ausgewählten Themen- und Unterthemenfeldern im Jahresvergleich	17
3.1.3 Fallzahlen PMK – links nach Verwaltungsbezirken	19
3.2 Tatverdächtige PMK – links	20
3.3 Herausragende Ereignisse PMK - links	21
3.4 Parteien/Organisationen/Vereine/Gruppierungen PMK - links	23
3.5 Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg/länderübergreifende Kriminalitätsphänomene PMK - links	24
3.6 Prognose PMK - links	24
4 Politisch motivierte Ausländerkriminalität	
4.1 Gesamtübersicht	
4.1.1 Entwicklung der Fallzahlen PM-Ausländerkriminalität	25
4.1.2 Fallzahlen PM-Ausländerkriminalität mit ausgewählten Themen- und Unterthemenfeldern im Jahresvergleich	26
4.1.3 Fallzahlen PM-Ausländerkriminalität nach Verwaltungsbezirken	27
4.2 Tatverdächtige PM-Ausländerkriminalität	28

Der Polizeipräsident in Berlin
LKA 5



4.3	Herausragende Ereignisse PM-Ausländerkriminalität	29
4.4	Besondere Entwicklungen PM-Ausländerkriminalität	30
4.5	Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg/länderübergreifende Kriminalitätsphänomene PM-Ausländerkriminalität	30
4.6	Prognose PM-Ausländerkriminalität	31
5	Nicht zuzuordnen	
5.1	Gesamtübersicht im Jahresvergleich	
5.1.1	Entwicklung der Fallzahlen Nicht zuzuordnen	32
5.1.2	Fallzahlen Nicht zuzuordnen nach Deliktsqualität im Jahresvergleich	33
5.2	Tatverdächtige Nicht zuzuordnen	34



EINLEITUNG

Im statistischen Teil des vorliegenden Lagebildes werden ausschließlich Fälle¹ betrachtet, die im Rahmen des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) meldepflichtig sind. Die darüber hinaus im Polizeilichen Staatsschutz des LKA Berlin bearbeiteten Verfahren, denen keine politische Motivation zugrunde liegt, sind in dieser Statistik nicht erfasst.

Die vorliegende Lagedarstellung gibt einen allgemeinen Überblick über die Politisch motivierte Kriminalität in Berlin. Im Weiteren werden die wichtigsten Fallzahlen der Phänomenbereiche mit Erklärungen sowie besonderen Ereignissen und Prognosen dargestellt.

Um die Lagezahlen übersichtlich und in Teilbereichen vergleichbar darzustellen, erfolgt die Unterteilung in den einzelnen Phänomenbereichen nach Terrorismus, Politisch motivierter Gewaltkriminalität, Propagandadelikten und sonstigen Delikten.

Die sich auf einen Jahresvergleich beziehenden Tabellen enthalten Angaben zur Entwicklung der Fallzahlen (Prozentangabe und Pfeilsymbol). Auf diese Darstellung wird verzichtet, sofern die zu vergleichenden Fallzahlen im einstelligen Bereich liegen. Darüber hinaus werden in den einzelnen Phänomenbereichen ausgewählte Themenfelder bzw. Unterthemen² dargestellt.

Die Zählung der Tatverdächtigen erfolgt fallbezogen. Wurde ein Täter im selben Jahr zu mehreren Fällen bekannt, wird er mehrfach gezählt.

Die Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität unterliegen einer ständigen Dynamik und werden immer aktualisiert dargestellt. Der Jahresbericht stellt lediglich eine Momentaufnahme der PMK in Berlin für das Berichtsjahr und die zu vergleichenden Vorjahreszeiträume dar. Deshalb sind die Fallzahlen der letzten Jahresberichte nicht zwangsläufig mit den in diesem Jahresbericht aufgeführten Fallzahlen identisch.

¹ Ein Fall kann mehrere Straftaten beinhalten, wird jedoch aufgrund des engen motivationalen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhangs nur als ein sogenannter „Lebenssachverhalt“ gezählt (z.B. ein Landfriedensbruch, begangen durch mehrere Täter auf einem Platz nebst benachbarter Nebenstraßen - Aufnahme mehrerer Anzeigen, Zusammenfassung zu einem Fall).

² Einem Fall können unter Umständen mehrere Themenfelder bzw. Unterthemen zugeordnet werden (mehrdimensionale Erfassung). Aus diesem Grund lässt die Anzahl der Themenfeldnennungen keine Rückschlüsse auf das tatsächliche Fallaufkommen zu.

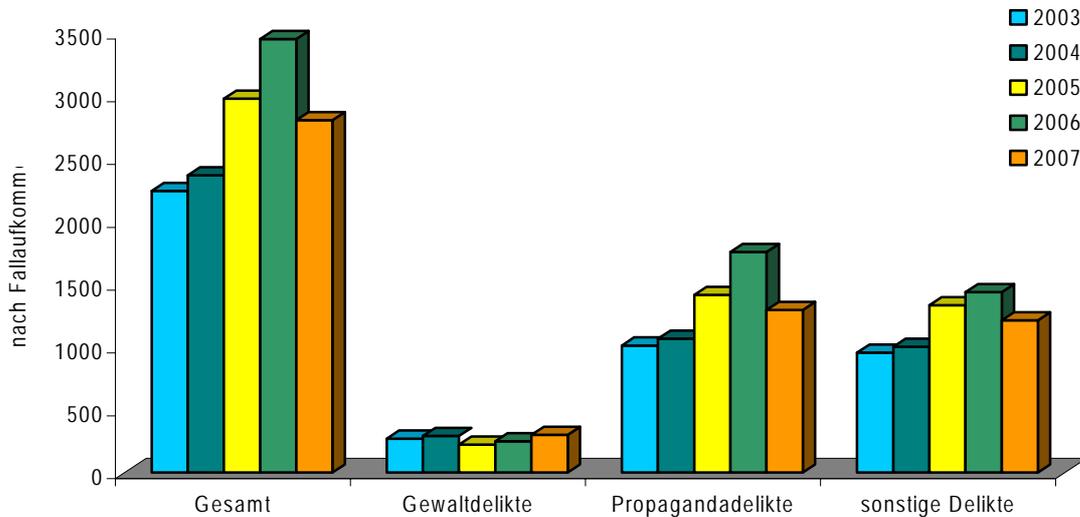


1. POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT

1.1 Gesamtübersicht im Jahresvergleich

Im Jahr 2007 wurden im Rahmen des KPMD-PMK 2806 Fälle gemeldet. In 1618 Fällen lassen die Motivation des Täters und/oder die Umstände der Tat auf eine extremistische Einstellung schließen. Im Vorjahr wurden 3450 Fälle registriert, das bedeutet einen Rückgang der Fallzahlen um 19 %. 2007 wurden 822 Fälle geklärt, 2006 waren es 1358. Die Aufklärungsquote sank von 39 % im Jahr 2006 auf 29 % im Jahr 2007.

	2003	2004	2005	2006	2007
Terrorismus ³	6	6	9	9	1
Gewaltdelikte	270	291	222	249	300
extremistisch	232	222	182	194	118
Propagandadelikte	1011	1066	1413	1756	1294
extremistisch	704	650	1053	1338	983
sonstige Delikte	954	1002	1332	1436	1211
extremistisch	489	450	567	534	516
PMK Gesamt	2241	2365	2976	3450	2806
extremistisch	1431	1328	1811	2075	1618

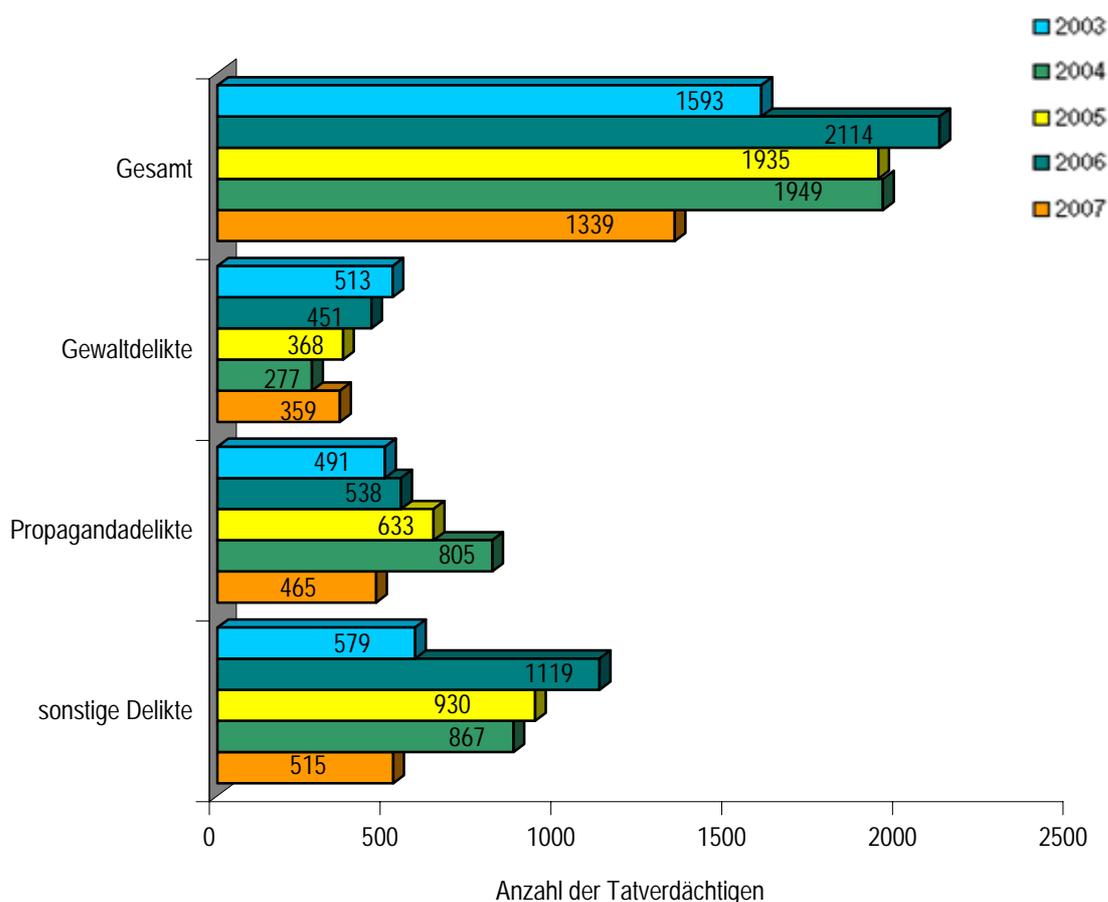


³ Hierbei handelt es sich um Verfahren, die bis auf drei im Jahr 2005 beim BKA aufgrund der Deliktszuweisung geführt, aber dem Land Berlin wegen der Tatörtlichkeit statistisch zugeordnet wurden. Diese Verfahrensweise wird seit 2003 praktiziert. Aufgrund des geringen Fallzahlenaufkommens wird auf die graphische Darstellung der Entwicklung des Terrorismus verzichtet.



Während das Fallaufkommen im Bereich der Gewaltdelikte in den letzten Jahren nahezu gleich geblieben ist, ist bei den Propaganda- und sonstigen Delikten in den Jahren 2003 bis 2006 ein Fallzahlenanstieg zu erkennen. Vor allem im Jahr 2005 ist bei den Propagandadelikten mit einer Steigerung um 347 Fälle (33 %) im Vergleich zum Vorjahr der höchste Anstieg zu verzeichnen. Auch 2006 stiegen die Propagandadelikte im Vergleich zum Vorjahr um 343 Fälle (24 %) an. Bei den sonstigen Delikten ist im Jahr 2005 eine hohe Steigerung um 330 Fälle (33 %) im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Im Jahr 2007 ist das dritthöchste Gesamtfallaufkommen der letzten fünf Jahre zu verzeichnen. Mögliche Ursachen für die Entwicklung der Fallzahlen im Berichtsjahr werden in den einzelnen Phänomenbereichen näher erläutert.

1.2 Tatverdächtige der Politisch motivierten Kriminalität



Bei den terroristischen Delikten wurden 2003 zehn, 2004 sechs und 2005 vier Tatverdächtige ermittelt, in den Jahren 2006 und 2007 konnten keine Tatverdächtige bekannt gemacht werden. Aufgrund des geringen Aufkommens wird auf die graphische Darstellung verzichtet.

Im Jahr 2007 ist die geringste Anzahl bekannt gewordener Tatverdächtiger der letzten fünf Jahre zu verzeichnen. Während die Anzahl der bekannt gewordenen Tatverdächtigen bei den Gewaltdelikten im Berichtsjahr um 82 Tatverdächtige im Vergleich zum Vorjahr angestiegen, ist bei den Propagandadelikten ein Rückgang um 340 Tatverdächtige und bei den sonstigen Delikten ein Rückgang um 352 Tatverdächtige zu verzeichnen.



1.3 Betrachtung des KPMD-PMK unter Gender-Aspekten

Im Jahr 2007 traten 174 weibliche Tatverdächtige mit im Rahmen des KPMD-PMK meldepflichtigen Straftaten in Erscheinung. Dies entspricht einem Anteil von 13 % (2003: 211, 13 %; 2004: 374, 18 %; 2005: 303, 16 %, 2006: 204, 10 %).

Erwartungsgemäß ist der Anteil der weiblichen Tatverdächtigen im Phänomenbereich PMK – links mit 26 % im Jahr 2007 (2003: 132, 20 %; 2004: 294, 25 %; 2005: 204, 24 %; 2006: 84, 20 %) am Höchsten. Dies liegt an der Definition der Rolle der Frau innerhalb der linken Szene, die auf einer Gleichstellung der Geschlechter beruht. Gerade bei Demonstrationen und Protestaktionen innerhalb der linken Szene sind weibliche Personen im Phänomenbereich PMK – links präsenter als in den anderen Phänomenbereichen. Auch bei Gewaltdelikten, vor allem Landfriedensbrüchen und Widerstandshandlungen, sind weibliche Tatverdächtige vertreten. Diese Entwicklung zeigt allerdings keine statistischen Auffälligkeiten.

Der geringe Anteil weiblicher Tatverdächtiger im Phänomenbereich PMK – rechts im Jahr 2007 mit 6 % (2003: 40, 7 %; 2004: 44, 8 %; 2005: 57, 9 %; 2006: 62, 7 %) ist ebenfalls im ideologischen Kontext des Phänomenbereichs erklärbar. Im Dritten Reich war die Rolle der Frau auf bestimmte Bereiche festgelegt. Sie war für die Erhaltung der Kultur, der Bräuche und der „deutschen Rasse“ zuständig und sollte den Mann und gleichzeitig das Vaterland stützen. Dies scheint in der Ideologie der rechten Szene auch heute noch eine gewisse Rolle zu spielen.

Im Phänomenbereich PM-Ausländerkriminalität liegt im Jahr 2007 der Anteil weiblicher Tatverdächtiger bei 5 % (2003: 13, 8 %; 2004: 11, 14 %; 2005: 1, 1 %; 2006: 17, 11 %). Der geringe Anteil dürfte mit der Stellung der Frau in der islamischen bzw. muslimischen Gesellschaft zusammenhängen. Die meisten weiblichen Tatverdächtigen treten im Rahmen von Demonstrationen zu den unterschiedlichsten Themen in Erscheinung.



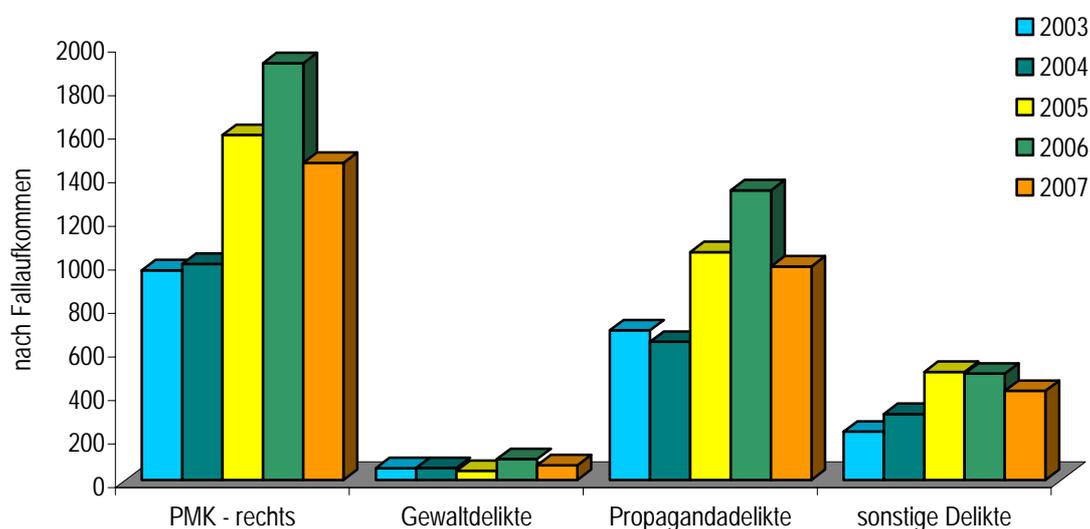
2. POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT - RECHTS

2.1 Gesamtübersicht im Jahresvergleich

2.1.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK - rechts

Im Jahr 2007 wurden im Rahmen des KPMD-PMK für den Phänomenbereich PMK – rechts insgesamt 1456 Fälle gemeldet. In 1380 Fällen lassen die Motivation des Täters und/oder die Umstände der Tat auf eine extremistische Einstellung schließen. Im Vorjahr wurden insgesamt 1914 Fälle registriert, von denen 1788 als extremistisch eingestuft wurden. 368 Fälle des Jahres 2007 wurden geklärt, im Jahr 2006 waren es 593 Fälle. Die Aufklärungsquote sank von 31 % im Jahr 2006 auf 25 % im Jahr 2007.

	2003	2004	2005	2006	2007
Gewaltdelikte	54	55	42	96	67
extremistisch	49	45	37	82	47
Propagandadelikte	687	634	1046	1330	980
extremistisch	687	634	1046	1330	980
sonstige Delikte	222	303	496	488	409
extremistisch	207	249	390	376	353
PMK - rechts	963	992	1584	1914	1456
extremistisch	943	928	1473	1788	1380





2.1.2 Fallzahlen PMK – rechts mit ausgewählten Themen- und Unterthemenfeldern im Jahresvergleich

	Gesamt		Entwicklung		dav. extrem.		Entwicklung	
	2006	2007			2006	2007		
Gewaltdelikte	96	67	-30%		82	47	-43%	
antisemitisch	4	9			4	9		
fremdenfeindlich	45	33	-27%		45	25	-44%	
gegen links	40	20	-50%		29	8	-72%	
Propagandadelikte	1330	980	-26%		1330	980	-26%	
antisemitisch	61	50	-18%		61	50	-18%	
fremdenfeindlich	112	95	-15%		112	95	-15%	
gegen links	38	18	-53%		38	18	-53%	
sonstige Delikte	488	409	-16%		376	353	-6%	
antisemitisch	207	153	-26%		207	153	-26%	
fremdenfeindlich	169	142	-16%		134	133	-1%	
gegen links	61	42	-31%		25	20	-20%	
PMK - rechts	1914	1456	-24%		1788	1380	-23%	
antisemitisch	272	212	-22%		272	212	-22%	
fremdenfeindlich	326	270	-17%		291	253	-13%	
gegen links	139	80	-42%		92	46	-50%	

Legende: Rückgang um 5% bis 25% Anstieg oder Rückgang bis 5% Anstieg über 5% bis 25%
Rückgang mehr als 25% Anstieg über 25%

Der Rückgang des Gesamtaufkommens im Phänomenbereich PMK – rechts ist im gesamten Jahresverlauf feststellbar. Ursächlich dafür ist u.a. der Rückgang des Fallaufkommens mit Themenfeldnennungen „antisemitisch“, „fremdenfeindlich“ sowie „gegen links“. Darüber hinaus war das Jahr 2006 mit den im Vergleich zum Jahr 2005 erheblich angestiegenem Fallaufkommen eine Ausnahmeerscheinung.

Die Gewaltdelikte sanken im Jahr 2007 um insgesamt 29 Fälle. Vor allem im Bereich der Körperverletzungen sank das Fallaufkommen um 21 Fälle (25 %) auf 64 Fälle im Jahr 2007. Gleichzeitig ist festzustellen, dass der Anteil der Körperverletzungen am Gesamtaufkommen der Gewaltdelikte im Phänomenbereich PMK – rechts 95 % beträgt. Im Vorjahr betrug der Anteil 88 %. Dies liegt u.a. daran, dass im Jahr 2007 kein Fallaufkommen in den Deliktsbereichen Raub (2006: zwei Fälle) und Verkehrsgefährdungen (2006: ein Fall) zu verzeichnen war. Des Weiteren sank das Fallaufkommen im Deliktsbereich Landfriedensbruch um vier Fälle im Vergleich zum Vorjahr.

Vor allem bei den Gewaltdelikten mit Themenfeldnennung „fremdenfeindlich“ und „gegen links“ ist ein Rückgang der Fallzahlen zu verzeichnen, diese befinden sich nunmehr wieder auf dem Niveau der Vorjahre.

Auch bei den Propagandadelikten ist im Berichtsjahr ein Rückgang der Fallzahlen um 26 % zu verzeichnen. Konkrete Ursachen sind nicht erkennbar, zu 792 Fällen (81 %) konnten keine Tatverdächtigen ermittelt werden. 741 Propagandadelikte (76 %) wurden durch das Anbringen von rechtsgerichteten Parolen und Symbolen begangen.

Bei den sonstigen Delikten ist vor allem in den Deliktsbereichen Beleidigung/Üble Nachrede/Verleumdung (2006: 85 Fälle, 2007: 68 Fälle, Rückgang um 20 %) und Volksverhetzung (2006: 223 Fälle, 2007: 191 Fälle, Rückgang um 14 %) ein Rückgang zu verzeichnen.

Dafür ist bei den Sachbeschädigungen ein Anstieg der Fallzahlen (2006: 97 Fälle, 2007: 122 Fälle, Anstieg um 26 %) zu verzeichnen. Die Ursachen dafür werden unter Punkt 2.1.3 näher erläutert.



2.1.3 Fallzahlen PMK - rechts nach Verwaltungsbezirken

	Gewaltdelikte		Propagandadelikte		sonstige Delikte		PMK - rechts	
	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007
Charlottenburg-Wilmersdorf	4	2	73	54	27	31	104	87
Friedrichshain-Kreuzberg	10	4	108	52	31	24	149	80
Lichtenberg	14	12	157	92	59	51	230	155
Marzahn-Hellersdorf	5	12	111	70	25	32	141	114
Mitte	11	8	153	114	80	39	244	161
Neukölln	6	3	143	127	54	64	203	194
Pankow	18	8	142	96	74	45	234	149
Reinickendorf	1	2	74	55	28	25	103	82
Spandau	8	3	58	52	17	15	83	70
Steglitz-Zehlendorf	5	2	53	47	10	15	68	64
Tempelhof-Schöneberg	2	1	126	125	50	46	178	172
Treptow-Köpenick	12	10	132	96	33	22	177	128
Berlin gesamt	96	67	1330	980	488	409	1914	1456

Das Gesamtaufkommen im Berichtsjahr ist in allen Verwaltungsbezirken rückläufig.

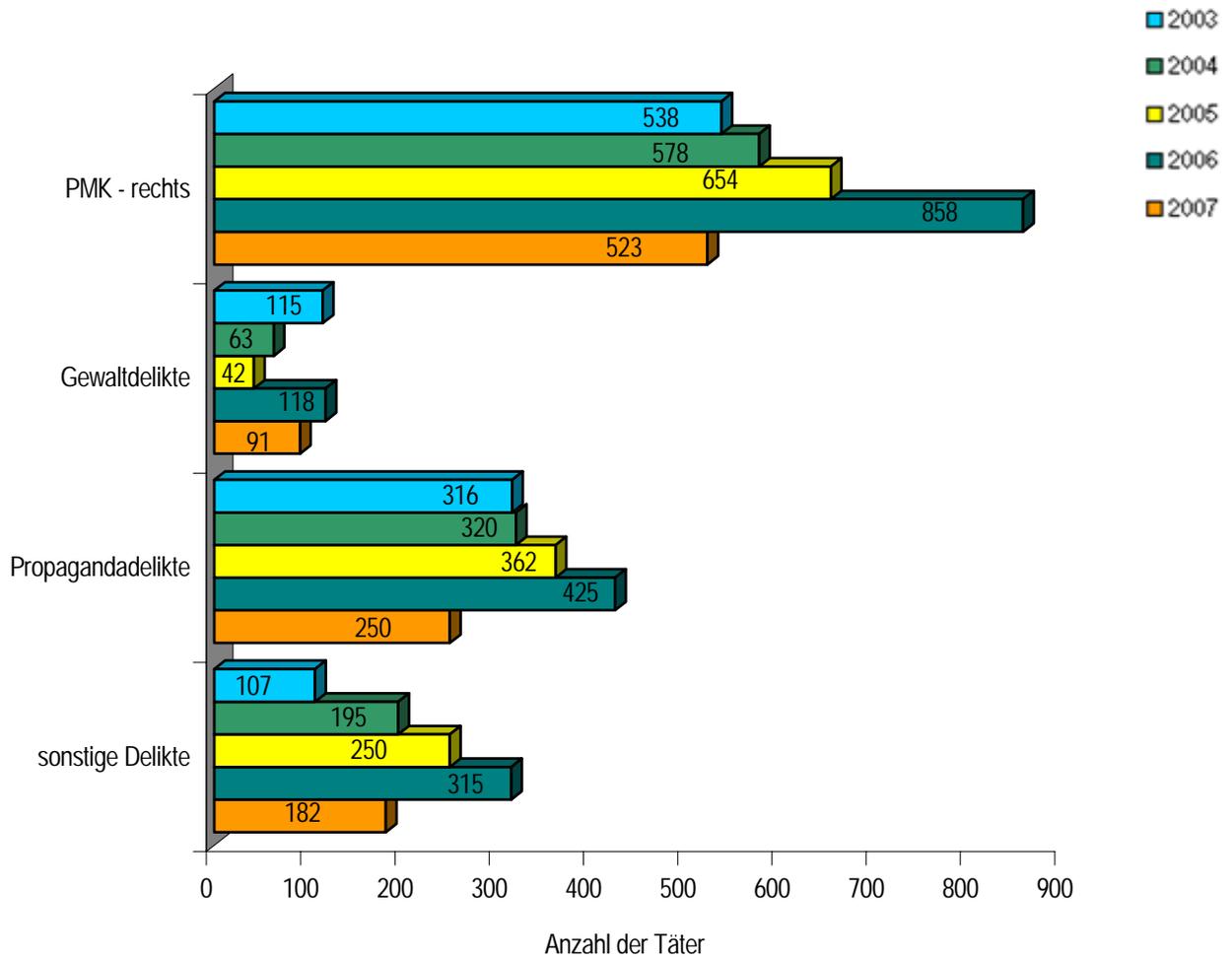
Während vor allem in den Verwaltungsbezirken Pankow und Friedrichshain-Kreuzberg ein Rückgang der Gewaltdelikte feststellbar ist, sind die Gewaltdelikte im Verwaltungsbezirk Marzahn-Hellersdorf um sieben Fälle angestiegen. Ursache dafür ist das erhöhte Fallaufkommen bei den Gewaltdelikten mit Themenfeldnennung „fremdenfeindlich“ (2006: ein Fall, 2007: sieben Fälle) und „antisemitisch“ (2006: kein Fall, 2007: zwei Fälle).

Die Propagandadelikte sind in allen Verwaltungsbezirken rückläufig. Im Verwaltungsbezirk Lichtenberg ist mit 65 Fällen der höchste Rückgang zu verzeichnen. Konkrete Ursachen dafür sind nicht bekannt, da zu den meisten Fällen keine Tatverdächtigen ermittelt werden konnten.

Im Bereich der sonstigen Delikte ist vor allem in den Verwaltungsbezirken Marzahn-Hellersdorf und Neukölln ein Anstieg der Fallzahlen erkennbar. Ursächlich für den Anstieg des Fallaufkommens im Verwaltungsbezirk Neukölln ist das Anbringen von rechten Parolen und Symbolen im Bereich der „Rudower Spinne“, die aber den Straftatbestand des § 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) nicht erfüllten.



2.2 Tatverdächtige PMK – rechts



Die höchste Anzahl bekannt gewordener Tatverdächtiger ist im Jahr 2006 mit 858 Tatverdächtigen zu verzeichnen, in dem auch das höchste Fallaufkommen (1914 Fälle) im Phänomenbereich PMK – rechtsfeststellbar ist. Im Jahr 2007 sind die wenigsten Tatverdächtigen in den letzten fünf Jahren bekannt geworden, obwohl im Jahr 2007 mit 1456 Fällen das dritthöchste Fallaufkommen der letzten fünf Jahre zu verzeichnen ist.



2.3 Herausragende Ereignisse PMK - rechts

Ermittlungsverfahren

Gefährliche Körperverletzung

Einem Passanten wurde am 05.05.2007 in Berlin-Hellersdorf (Direktion 6) beim Passieren eines Info-Standes der NPD/DVU ein Flyer in die Hand gedrückt, den er mit der Bemerkung, nichts mit Nazis zu tun haben zu wollen, zerriss und auf den Tisch zurückwarf. Als er kurz darauf erneut den Stand passierte, wurde er von zwei Personen festgehalten, und von hinten gewürgt, so dass er kurzfristig das Bewusstsein verlor. Außerdem wurde die Brille des Geschädigten beschädigt. Nachdem der Geschädigte am Boden lag, ließen die Täter von ihm ab und verließen den Tatort.

Landfriedensbruch

Während der Abschlusskundgebung der Demonstration „Gegen den Bau der Moschee in Pankow“ der Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger“ (IPaHB) am 11.07.2007 in Berlin-Pankow (Direktion 1) verließen 50 Personen der „Freien Kräfte“ den Ort in Richtung S- und U-Bahnhof Pankow. Nach erfolgter Vermummung stürzten sich die Angehörigen der Gruppe mit Faustschlägen und Tritten auf eine Personengruppe, die an der linken Gegendemonstration teilgenommen hatte und nun auf Bus und Bahn wartete. Die Beschuldigten, darunter auch der Anführer der verbotenen „Kameradschaft Tor Berlin“, wurden festgenommen. Sie sind zwischenzeitlich wegen Landfriedensbruchs zu Haftstrafen (bis zu einem Jahr und 4 Monaten, teilweise auf Bewährung) verurteilt worden.

Gefährliche Körperverletzung

Am 29.09.2007 betankten ein 27- und ein 28-jähriger Grieche ihren Pkw in Berlin-Blankenburg (Direktion 1), als sie von 13 Personen zunächst verbal provoziert wurden. Einer der Täter entbot den „deutschen Gruß“. Danach traten und schlugen alle Beschuldigten auf die Geschädigten ein. Anhand der sichergestellten Videoaufzeichnung der Tankstelle wurde festgestellt, dass die Tätergruppe ca. 6 Minuten lang ununterbrochen auf die Geschädigten einschlug und dann flüchtete. Dabei wurde einem Geschädigten die Geldbörse entwendet. Die Geschädigten erlitten offene Verletzungen, Frakturen, Zahnverlust, Abschürfungen und Prellungen am ganzen Körper. Im Nahbereich des Tatortes sowie am Klinikum Buch konnten fünf Beschuldigte im Rahmen der Nacheile zeitnah festgenommen werden. Acht weitere Beschuldigte wurden ermittelt und festgenommen.

Rechts-Links-Auseinandersetzungen

Im Bereich „Rechts gegen Links“ ging im Jahr 2007 das Fallaufkommen zurück. Dieser Trend korrespondiert mit der rückläufigen Zahl von Angriffen linker auf rechte Szeneangehörige.

2.4 Parteien/Organisationen/Vereine/Gruppierungen PMK - rechts

Rechte Parteien

Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) ist die einzige rechtsextremistische Partei in Berlin, die besonders in der öffentlichen Wahrnehmung steht und für die polizeiliche Arbeit von Bedeutung ist. Die Parteien „Deutsche Volksunion“ (DVU) und „Die Republikaner“ spielen in Berlin kaum eine Rolle, sie werden von der linken Szene nur sehr selten thematisiert.

Sämtliche öffentliche Veranstaltungen wie Demonstrationen, Bürgerabende oder Vortragsveranstaltungen der NPD werden in den Medien thematisiert und sind in allen im Jahr 2007 bekanntgewordenen Fällen von Gegenveranstaltungen der linken Szene und des bürgerlichen Spektrums begleitet worden.



So war es für den Landesverband Berlin der NPD im Februar 2007 problematisch, einen geeigneten Veranstaltungsraum für den Landesparteitag zu finden, diese Veranstaltung wurde am 04.02.2007 in einem Vereinslokal in der Kleingartenanlage „Grüne Aue“ im Berlin-Oberschöneweide durchgeführt.

Ein weiterer Landesparteitag ist im November in Velten (Land Brandenburg) durchgeführt worden, weil die NPD aufgrund von Absagen potenzieller Tagungsorte keine Möglichkeit sah, die Veranstaltung in Berlin abzuhalten.

Im Jahr 2007 startete die NPD mit einer erhöhten Zahl von Infoständen eine Informationskampagne zur Interessentenwerbung. Des Weiteren waren Verteilaktionen und Informationsabende (Bürgerabende), häufig in den Bezirken, in denen die NPD über Sitze in den Bezirksverordnetenversammlungen verfügt, feststellbar.

Der Fokus von NPD-Aktivitäten richtete sich hauptsächlich auf die bekannten Themen, „Verwahrlosung des Staates und dessen Kinder“, „Ausländerrückführung“, „Verhinderung eines Moscheebaus in Pankow“, sowie „Kriegsaggression der USA“.

Durch die Fraktion der NPD in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Treptow-Köpenick wurde am 13.04.2007 ein Antrag gestellt, wonach das Integrationsamt für ausländische Mitbürger in ein „Amt für Rückführung“ umzuwandeln sei. Dieser Antrag wurde am 26.04.2007 in der BVV Treptow-Köpenick thematisiert. Die Polizei leitete nach Kenntnisnahme des Sachverhalts ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Volksverhetzung ein.

In der gleichen Sitzung bezeichnete der Landesvorsitzende der NPD Berlin die inzwischen verstorbene Ruth WERNER (Widerstandskämpferin) als „eine Mittäterin des in meinen Augen verbrecherischsten Regimes auf Erden, des Stalinismus. Ich nenne sie, Richard Sorge und diesen Sandordo Vaterlandsverräter und keine Gedenktafel und keine Straße soll ihnen gebühren“. Aufgrund der Äußerung wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener eröffnet.

Das Engagement der NPD im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel war eher verhalten. Nachdem eine für den 02.06.2007 in Schwerin angemeldete NPD-Demonstration der Bundespartei gegen den G8-Gipfel aufgrund einer Verbotsverfügung nicht stattfand, gelangte ein Teil der potenziellen Teilnehmer mit Bussen nach Berlin, wo er sich zu einer nicht angemeldeten Demonstration mit ca. 80 Personen im Bereich des Brandenburger Tors unter Mitführung von NPD-Fahnen versammelte.

Einsatzkräfte der Polizei versuchten, den Demonstrationzug anzuhalten und einen Marsch durch das Brandenburger Tor zu unterbinden.

Die Teilnehmer des Aufzuges durchbrachen aufgrund ihrer Überzahl die polizeiliche Absperrung. Dabei und in der weiteren Folge kam es zu körperlichen Übergriffen auf die Polizeibeamten, die u.a. getreten und mit den mitgeführten Fahnenstangen geschlagen wurden.

Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Landfriedensbruch und Gefangenenbefreiung wurden eingeleitet.

Der Landesverband der NPD in Berlin arbeitete aufgrund seiner personellen Besetzung (der Landesvorsitzende stammt aus der aktionsorientierten rechten Szene Berlins) auch im Jahr 2007 mit den aktionsorientierten Rechtsextremisten bei Veranstaltungen zusammen.

Kameradschaften

Gemäß polizeilicher Wahrnehmung sind im Jahr 2007 keine Personenzusammenschlüsse aktiv gewesen, die die Kriterien einer Kameradschaft (u.a. Hierarchie, politische Arbeit) erfüllen.

Neben der NPD und deren Umfeld gingen rechtsextremistische Aktivitäten in Berlin von den „Freien Kräften“ aus. Dabei handelt es sich um keinen festen Personenzusammenschluss, sondern um aktionsorientierte Angehörige der rechten Szene, die durch zahlreiche Straftaten, häufig mit mehreren Mittätern, auffällig werden. Sie rekrutieren sich teilweise aus den Mitgliedern und deren Umfeld der im Jahr 2005 verbotenen Kameradschaften „Thor Berlin“ und „Berliner Alternative Süd-Ost“.

Die polizeilich bekannten Personen waren bei vielen Demonstrationen in Berlin und in anderen Bundesländern anzutreffen. Diese Klientel engagiert sich auch häufig im Bereich der Anti-Antifa in losen Personenzusammenschlüssen, die sich zum Ziel gesetzt haben, Personen der linken Szene auszuspionieren und die gesammelten Erkenntnisse im Internet und in der Szene zu veröffentlichen. Dadurch soll eine Drohkulisse aufgebaut werden.



2.5 Besondere Entwicklungen PMK - rechts

Publikationen

Ende Oktober verteilten Angehörige der NPD im Einzugsbereich von Berliner Schulen die NPD-Schrift „Der Stachel“, die sich zielgerichtet mit ihrer Propaganda an Schüler wendet.

Laut Impressum handelt es sich bei den Herausgebern der Schrift um die Landesverbände Berlin und Brandenburg.

Eine Überprüfung des Inhaltes bei der Berliner Staatsanwaltschaft ergab keine strafrechtliche Relevanz.

Mit Datum vom 24.10.2007 erwirkte die Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ eine einstweilige Verfügung beim Landgericht Berlin, die unter Androhung eines Ordnungsgeldes von 250.000 Euro eine weitere Verteilung in der Öffentlichkeit untersagt. Hintergrund für den Beschluss ist eine Namensgleichheit der NPD-Schrift mit Zeitschriften der Partei „Bündnis 90/Die Grünen“.

Rechte Musikszene

Für das Jahr 2007 liegen keine gesicherten Erkenntnisse zu durchgeführten Konzertveranstaltungen mit rechtsextremem Hintergrund in Berlin vor.

Das LKA Berlin führt seit März 2007 ein Ermittlungsverfahren gegen Vertreiber/Hersteller der CD „Gift für die Ohren“, die als gemeinsames Produkt der Bands „X.x.X.“ (Berlin) und „Burn Down“ (Brandenburg) entstanden ist. Darüber hinaus richtet sich das Ermittlungsverfahren gegen die Bandmitglieder der Band „X.x.X“ wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten und Beleidigung.

2.6 Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg / länderübergreifende Kriminalitätsphänomene PMK - rechts

Kontakte zwischen Berliner und Brandenburger Rechtsextremisten bestehen seit Jahren. Im Stadtgebiet von Oranienburg (Landkreis Oberhavel) wurde beispielsweise eine in Uniform auftretende Personengruppe festgestellt. Nach eigenen Angaben bestehen Mitgliedschaften bei der Vereinigung „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ). Vor Ort konnte auch ein halbes Dutzend Berliner Rechtsextremisten identifiziert werden, darunter ein rechtsextremistischer Liedermacher, der auch Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Pankow der NPD ist.

Eine Zunahme rechtsextremistischer Aktivitäten, darunter die Begehung von Straftaten, in den Landkreisen Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming von Angehörigen beider Bundesländer sind erkennbar; die Gründe werden noch analysiert.

2.7 Prognose PMK - rechts

Für das Jahr 2008 sind keine außergewöhnlichen Gründe für einen erneuten Anstieg der Fallzahlen – wie im Jahr 2006 – ersichtlich. Insoweit ist zu erwarten, dass sich das Fallaufkommen auf dem Niveau des Jahres 2007 bewegen wird.

Nach einem Höchststand im Wahljahr 2006 sind die Rechts-/Links-Auseinandersetzungen im Jahr 2007 wieder rückläufig und bewegen sich auf dem Niveau der Vorjahre. Dies ist auch für das Jahr 2008 zu erwarten.

Durch die erneut aufgeflamte Diskussion um ein Verbot der NPD steht die Partei weiterhin im Fokus der Öffentlichkeit und könnte im Jahr 2008 verstärkt in der rechten Szene thematisiert werden.



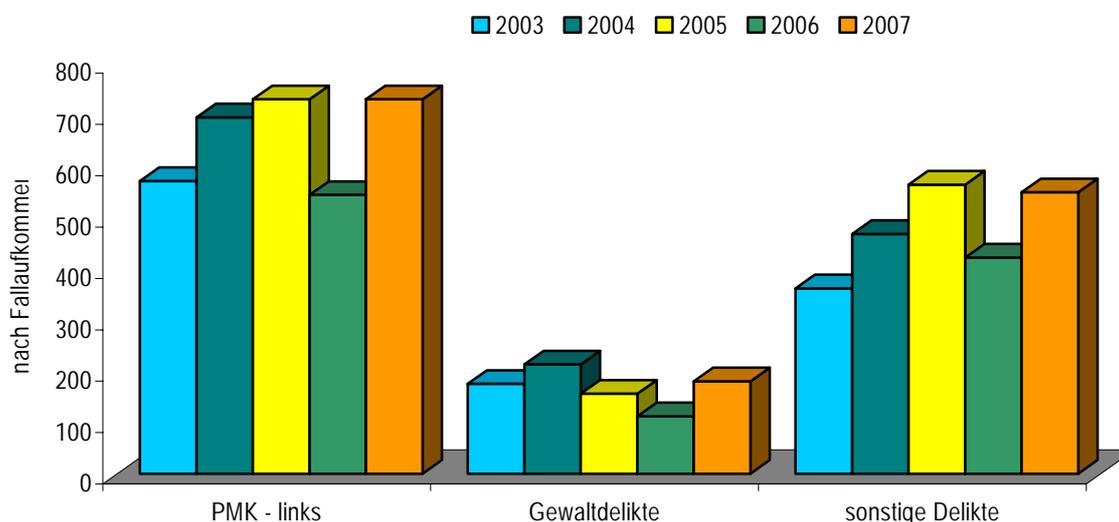
3. POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT - LINKS

3.1 Gesamtübersicht

3.1.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK - links

Im Jahr 2007 wurden im Rahmen des KPMD-PMK für den Phänomenbereich PMK – links insgesamt 729 Fälle gemeldet. In 129 Fällen lassen die Motivation des Täters und/oder die Umstände der Tat auf eine extremistische Einstellung schließen. Im Vorjahr wurden insgesamt 543 Fälle registriert, von denen 162 als extremistisch eingestuft wurden. 137 Fälle des Jahres 2007 wurden geklärt, im Jahr 2006 waren es 220 Fälle. Die Aufklärungsquote sank von 40 % im Jahr 2006 auf 19 % im Jahr 2007.

	2003	2004	2005	2006	2007
Terrorismus ⁴	5	2	5	9	1
Gewaltdelikte	175	213	156	112	180
extremistisch	154	165	130	86	45
Propagandadelikte	29	12	5	1	
extremistisch	6	1		1	
sonstige Delikte	361	467	563	421	548
extremistisch	116	91	113	66	83
PMK - links	570	694	729	543	729
extremistisch	281	259	248	162	129



Aufgrund des geringen Fallaufkommens wird auf die graphische Darstellung der Bereiche Terrorismus und Propagandadelikte verzichtet.

⁴ Hierbei handelt es sich um Verfahren, die beim BKA auf Grund der Deliktszuweisung geführt, aber dem Land Berlin wegen der Tatörtlichkeit statistisch zugeordnet wurden. Diese Verfahrensweise wird erst seit 2003 praktiziert.



3.1.2 Fallzahlen PMK – links mit ausgewählten Themen- und Unterthemenfeldern im Jahresvergleich

	Gesamt		Entwicklung		dav. extrem.		Entwicklung	
	2006	2007			2006	2007		
Terrorismus	9	1			9	1		
Antikapitalismus	6				6			
gegen rechts								
Umstrukturierung	1				1			
Gewaltdelikte	112	180	61%		86	45	-48%	
Antikapitalismus	5	97			5	5		
gegen rechts	57	24	-58%		39	11	-72%	
Umstrukturierung	2	24			2	8		
Propagandadelikte	1				1			
Antikapitalismus								
gegen rechts	1				1			
Umstrukturierung								
sonstige Delikte	421	548	30%		66	83	26%	
Antikapitalismus	14	89	536%		3	19	533%	
gegen rechts	216	145	-33%		28	16	-43%	
Umstrukturierung	32	155	384%		6	37	517%	
PMK - links	543	729	34%		162	129	-20%	
Antikapitalismus	25	186	644%		14	24	71%	
gegen rechts	274	169	-38%		68	27	-60%	
Umstrukturierung	35	179	411%		9	45	400%	

Legende: Rückgang um 5% bis 25% Anstieg oder Rückgang bis 5% Anstieg über 5% bis 25%
Rückgang mehr als 25% Anstieg über 25%

Einem Fall können unter Umständen mehrere Themenfelder bzw. Unterthemen zugeordnet werden. Aus diesem Grund lässt die Anzahl der Themenfeldnennungen keine Rückschlüsse auf das tatsächliche Fallaufkommen zu.

Das Gesamtaufkommen im Phänomenbereich PMK – links ist in diesem Jahr um 186 Fälle angestiegen. Dies betrifft sowohl die Gewaltdelikte (Anstieg um 68 Fälle) als auch die sonstigen Delikte (Anstieg um 127 Fälle). Trotz des Anstiegs der Zahlen ist beim Fallaufkommen mit Themenfeldnennung „gegen rechts“ ein Rückgang um 105 Fälle zu verzeichnen. Dieser Rückgang könnte auf repressive und präventive Maßnahmen der Berliner Polizei und eine damit einhergehende Verunsicherung innerhalb der linken Szene zurückzuführen sein. So werden z.B. Demonstrationen der rechten Szene oftmals mit einem hohen Polizeiaufgebot begleitet, um Gegenaktionen der linken Szene zu verhindern.

Während bei den Gewaltdelikten bei den Fällen mit Themenfeldnennung „gegen rechts“ ein Rückgang um 33 Fälle zu verzeichnen ist, ist das Fallaufkommen mit Themenfeldnennung „Antikapitalismus“ (Anstieg um 92 Fälle) und „Umstrukturierung“ (umfasst auch den Bereich Wohnraumproblematik, Anstieg um 22 Fälle) zu verzeichnen.

Vor allem im Deliktsbereich Brandstiftung ist ein Anstieg des Fallaufkommens um 86 Fälle von 16 Fällen im Jahr 2006 auf 102 Fälle im Jahr 2007 zu verzeichnen. In 94 Fällen (113 Anzeigen) wurden Kraftfahrzeugen in Brand gesetzt, davon in 60 Fällen Firmenwagen. Zwar liegen zu den Taten oft keine konkreten Erkenntnisse bezüglich



der Motivation der Täter vor, dennoch kann aus der Art der angegriffenen Fahrzeuge, sogenannte „Nobelkarossen“, geschlossen werden, dass die linke Szene wieder verstärkt gegen „kapitalistische Strukturen“ agiert. Diese Fälle wurden alle dem Unterthema „Antikapitalismus“ zugeordnet und erklären somit auch den Anstieg in diesem Bereich.

Fünf Gewaltdelikte (davon vier Landfriedensbrüche) wurden im Zusammenhang mit Sympathieaktionen gegen die Räumung eines besetzten Hauses in Kopenhagen/Dänemark begangen, 11 weitere Gewaltdelikte standen im Zusammenhang mit der Versteigerung des Grundstückes Köpenicker Straße 127 bzw. den ehemals besetzten Haus Rigaer Straße 94.

Der G8-Gipfel in Heiligendamm spielte bei den Gewaltdelikten kaum eine Rolle, es waren drei Fälle (davon zwei Landfriedensbrüche und eine Brandstiftung) in diesem Zusammenhang zu verzeichnen.

Bei den sonstigen Delikten ist ein Anstieg der Fallzahlen um 127 Fälle zu verzeichnen. Im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel in Heiligendamm waren 46 Fälle zu verzeichnen. Dabei handelte es sich überwiegend um Sachbeschädigungen (32 Fälle).

Im Rahmen einer „Klimaschutzaktion“ wurde in 23 Fällen zumeist bei hubraumstarken Pkw die Luft aus den Reifen abgelassen. An den meisten Fahrzeugen wurden Flugblätter hinterlassen, deren Inhalt sich auf den Klimawandel und den Umweltschutz bezog. Auch diese Delikte stellen eine Sachbeschädigung dar.

Auch führten zum Teil strafbare Aktionen zum Erhalt alternativer Wohnprojekte zu einem Anstieg der Fallzahlen bei den sonstigen Delikten. Im Rahmen von Unterstützungsaktionen gegen die Räumung eines besetzten Hauses in Kopenhagen/Dänemark wurden sieben Fälle (vier Sachbeschädigungen, eine Nötigung und zwei Verstöße gegen das Versammlungsgesetz) registriert. Weitere 60 Fälle waren im Zusammenhang mit dem Erhalt des alternativen Wohnprojektes in der Köpenicker Straße zu verzeichnen.

Dadurch ist ein Anstieg des Fallaufkommens im Deliktsbereich Sachbeschädigung von 207 Fällen im Jahr 2006 auf 387 Fälle im Jahr 2007 (87 %) zu verzeichnen.



3.1.3 Fallzahlen PMK - links nach Verwaltungsbezirken

	Terrorismus		Gewaltdelikte		Propagandadelikte		sonstige Delikte		PMK - links	
	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007
Charlottenburg-Wilmersdorf			3	2			11	24	14	26
Friedrichshain-Kreuzberg			39	94			104	201	143	295
Lichtenberg	1		19	7			49	32	69	39
Marzahn-Hellersdorf			1	1			17	6	18	7
Mitte	2		13	30			67	92	82	122
Neukölln			7	14			38	27	45	41
Pankow		1	21	21			43	80	64	102
Reinickendorf	2			1			19	7	21	8
Spandau				1			8	7	8	8
Steglitz-Zehlendorf			2	2			8	21	10	23
Tempelhof-Schöneberg	3		1	2			26	28	30	30
Treptow-Köpenick	1		6	5	1		31	23	39	28
Berlin gesamt	9	1	112	180	1		421	548	543	729

Die Gewaltdelikte sind vor allem in den Verwaltungsbezirken Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte angestiegen. Bei den 94 Gewaltdelikten im Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg handelt es sich in 59 Fällen um Brandanschläge auf Pkw (davon waren in 17 Fällen Firmenwagen betroffen). Hintergrund ist der „Kampf gegen kapitalistische Strukturen“, der zu Brandanschlägen auf überwiegend hochwertige Pkw sogenannte „Nobelkarossen“ führte. Darüber hinaus waren 12 Fälle mit Themenfeldnennung „Umstrukturierung“ zu verzeichnen, die sich überwiegend gegen die Versteigerung des alternativen Wohnprojektes Köpenicker Str. 127 bzw. gegen die Nutzung des ehemals besetzten Hauses in der Rigaer Str. 94 richteten. Bei den 30 Gewaltdelikten im Verwaltungsbezirk Mitte handelte es sich in 16 Fällen um Brandanschläge auf Pkw (davon waren in vier Fällen Firmenwagen betroffen).

Bei den sonstigen Delikten ist der höchste Anstieg des Fallaufkommens in den Verwaltungsbezirken Friedrichshain-Kreuzberg und Pankow zu verzeichnen. Darüber hinaus erhöhte sich das Fallaufkommen im Verwaltungsbezirk Mitte um 25 Fälle.

Im Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg ist vor allem ein erhöhtes Fallaufkommen mit Themenfeldnennung „Antikapitalismus“ und „Umstrukturierung“, insbesondere im Deliktsbereich Sachbeschädigung, zu verzeichnen. Hier ist ein Anstieg um 30 auf 34 Fälle mit Themenfeldnennung „Antikapitalismus“ und um 68 auf 85 Fälle mit Themenfeldnennung „Umstrukturierung“ festzustellen.

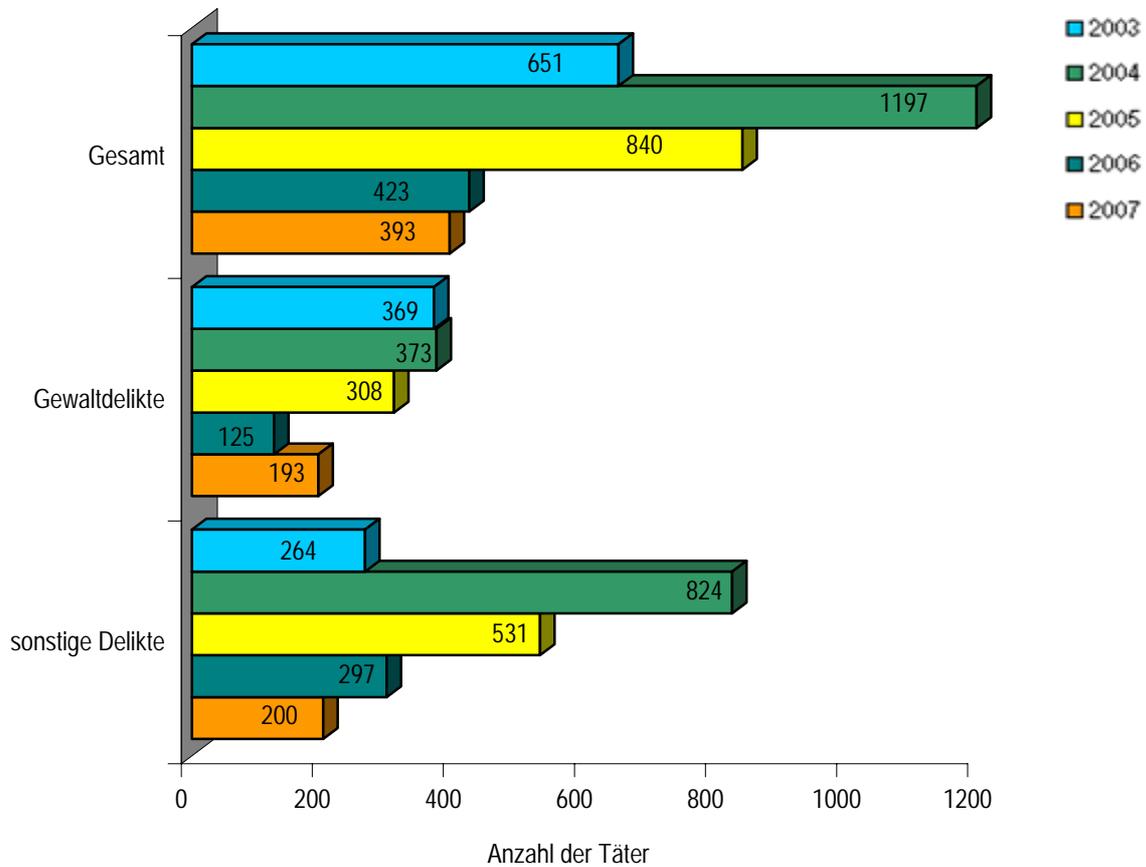
Im Verwaltungsbezirk Pankow war im Deliktsbereich Sachbeschädigung im Vorjahreszeitraum kein Fall mit Themenfeldnennung „Antikapitalismus“ oder „Umstrukturierung“ zu verzeichnen, in diesem Jahr sind es 19 Fälle mit Themenfeldnennung „Antikapitalismus“ und sieben Fälle mit Themenfeldnennung „Umstrukturierung“.

Im Verwaltungsbezirk Mitte stieg das Fallaufkommen um acht auf zehn Fälle mit Themenfeldnennung „Antikapitalismus“ und um neun auf 12 Fälle mit Themenfeldnennung „Umstrukturierung“ an.

Obwohl die sogenannte „Klimaschutzaktion“ (Luftablassen aus den Reifen von hubraumstarken Pkw) in mehreren Verwaltungsbezirken durchgeführt wurde, ist sie nur für den Anstieg der sonstigen Delikte im Verwaltungsbezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ursächlich.



3.2 Tatverdächtige PMK – links



Aufgrund der geringen Anzahl Tatverdächtiger wird auf die graphische Darstellung der Bereiche Terrorismus und Propagandadelikte verzichtet.

Im Jahr 2007 ist die geringste Anzahl bekannt gewordener Tatverdächtiger zu verzeichnen, obwohl das Fallaufkommen im Vergleich zum Vorjahr von 543 Fällen auf 729 Fälle angestiegen ist. Ursache dafür ist unter Anderem das gestiegene Fallaufkommen in den Deliktbereichen Brandstiftung und Sachbeschädigung, diese Fälle wurden zumeist von unbekannt gebliebenen Tätern verübt.



3.3 Herausragende Ereignisse PMK - links

Ermittlungsverfahren

Schwere Brandstiftung

Unbekannte Täter entzündeten in der Nacht zum 13.02.2007 durch brennbare Flüssigkeit die hintere Holzeingangstür zu einem Gebäude in Berlin-Reinickendorf (Direktion 1), in dem sich eine Stelle des Gewerbeaufsichtsdienstes der Berliner Polizei, sowie das Büro des CDU-Kreisverbandes Reinickendorf befindet. Durch die Hitze wurde ein Fenster im 1. Obergeschoss zerstört.

In der Interim Nr. 652 vom 15.03.2007 wurde eine Selbstbekennung einer Organisation „Fackel Dackel“ abgedruckt. Darin heißt es: „... mit dem BA vom 12./13.02.2007 auf das Gebäude des LKA Berlin im Stadtteil Reinickendorf wollten wir den Schergen verdeutlichen, daß sie nicht unangreifbar sind ... Ansonsten schließen wir uns der Erklärung der mg zu den militanten Aktionen in Dessau im Dezember 2006 (interim 649) an. Die Bullen zu mehr Eigenschutz zwingen um sie am Morden zu hindern! ... Sowas kommt von Sowas - die Fackel Dackel“. Täter konnten nicht ermittelt werden.

Gefährliche Körperverletzung

Die Geschädigten befanden sich am 01.12.2007 auf dem Weg zu einer angemeldeten Demonstration der NPD und stiegen am U-Bahnhof Rudow (Direktion 5) aus. Nach eigenen Angaben gehören sie der rechten Szene an. Plötzlich rannte eine ca. 20-köpfige Gruppe auf sie zu. Die Personen waren überwiegend verumumt und es wurden Steine auf die Geschädigten geworfen.

Ein Geschädigter flüchtete in eine andere Richtung und wurde dort von 3 unbekanntem Tätern aus dieser Gruppe gestellt, mit der Faust geschlagen sowie mit den Worten „Du Nazi-Abschaum, du gehörst nach Auschwitz“ beleidigt. Als sie Schlagstöcke heraus holten, konnte der Geschädigte flüchten. Täter konnten nicht ermittelt werden.

Walpurgisnacht / Revolutionärer 1. Mai

Der 1. Mai 2007 bestätigte seit 2005 den rückläufigen Trend der Gewalttätigkeiten im Zusammenhang mit der Walpurgisnacht und dem 1. Mai.

Die Täterklientel wandelt sich bereits seit einigen Jahren weg vom politisch motiviert handelnden Täter hin zu unorganisiert und unpolitisch motivierten Gelegenheits- und Jugendgruppengewalttätern, die insbesondere nach entsprechendem Alkoholkonsum auch bei anderen Anlässen ähnlich agieren würden.

Trotz des „20. Jahrestages“ der ersten Ausschreitungen am 1. Mai 1987 und dem anstehendem G8-Gipfel gelang es der linken Szene nicht, den 1. Mai wie gewünscht zu repolitisieren.

Links-Rechts-Auseinandersetzungen

Im Bereich „Links gegen Rechts“ ging im Jahr 2007 das Fallaufkommen zurück.

Der Antifaschismus ist eines der wenigen unumstrittenen Themen innerhalb der linken Szene. Durch linksextremistische Gruppen und Personenzusammenhänge wird der „Kampf gegen den Faschismus“ für die Begehung von Straftaten gegen rechte Institutionen und Personen genutzt.

In diesem Zusammenhang kommt es u.a. zu Ausschreitungen im Rahmen von Antifa-Demonstrationen, zu Sachbeschädigungen und zu direkten Übergriffen auf Personen.

Der Rückgang in diesem Themenbereich könnte auf repressive und präventive Maßnahmen der Berliner Polizei und auf eine damit einhergehende Verunsicherung innerhalb der linken Szene zurückzuführen sein. So werden z.B. Demonstrationen der rechten Szene oftmals mit einem hohen Polizeiaufgebot begleitet, um militante Gegenaktionen der linken Szene zu verhindern.



Aufbau und Erhalt linker Projekte

Aktuelle Ereignisse, wie die Räumung eines besetzten Hauses in Kopenhagen im Februar 2007 sowie die Versteigerung des Grundstückes Köpenicker Straße 137 (Berlin-Kreuzberg) führten zur vermehrten Begehung von Straftaten. So kam es im Rahmen der Demonstration „Solidarität mit den Ungdomshuset in Kopenhagen“ am 10.03.2007 zu Ausschreitungen gegen eingesetzte Polizeibeamte. 59 Fälle von Sachbeschädigungen befassten sich mit der Versteigerung der Köpenicker Straße 137, es wurden Parolen, wie „Köpi bleibt“ und „Köpi ist unkaufbar“ angebracht. Auch die Reizobjekte Rigaer Straße 94 und Liebigstraße 14 waren in diesem Jahr Angriffsziele der linken Szene. Die Räumung des besetzten Hauses Yorckstraße 59 im Jahr 2006 spielte bei der Begehung von Straftaten in diesem Jahr keine Rolle.

Globalisierung

Seit mehreren Jahren ist die Globalisierung ein Reizthema innerhalb der linken Szene. Zahlreiche Proteste und Straftaten wurden in diesem Zusammenhang bereits weltweit festgestellt.

Die Aktivitäten der Anti-Globalisierungsbewegung manifestierten sich in der Vergangenheit insbesondere durch Demonstrationen gegen Gipfeltreffen der G8, der Europäischen Union oder der Weltbank, also Institutionen, die in den Augen der Globalisierungsgegner die „Architektur der Globalisierung“ darstellen.

Bei vorangegangenen Globalisierungsveranstaltungen, wie z.B. in Göteborg (EU-Gipfel 2001) und Genua (G8-Gipfel 2001), kam es teilweise zu massiven gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Globalisierungsgegnern und der Polizei.

Im Juni 2007 fand der G8-Gipfel in Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern) statt. Deutschland führte den G8-Vorsitz im Jahr 2007 und richtete neben dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs weitere Veranstaltungen und Konferenzen auf anderen Ebenen aus. Weiterhin hatte Deutschland im 1. Halbjahr 2007 die EU-Ratspräsidentschaft inne und richtete in diesem Zusammenhang einen EU-Gipfel aus.

Die Proteste gegen diese Ereignisse wurden durch die linke Szene zur Begehung von Straftaten genutzt. Im Rahmen einer sogenannten „Militanten Kampagne“ wurden Straftaten, die sich gegen diese Anlässe richteten, auch in Berlin begangen. Bei den Protesten gegen den G8-Gipfel in Mecklenburg-Vorpommern wurden auch Berliner bei Straftaten festgestellt.

Ob die im Jahr 2007 festgestellte Zunahme bei Inbrandsetzungen von Fahrzeugen mit den Protesten gegen EU- und G8-Gipfel zusammen hing, ist nicht valide belegbar. Hierzu sind in zu wenigen Fällen die Tatmotive der Täter erkennbar gewesen.

Inbrandsetzungen von Kraftfahrzeugen

Im Jahr 2007 wurden 113 Anzeigen aufgrund in Brand gesetzter Pkw erstattet (siehe Punkt 3.1.2).

Dies stellt einen außergewöhnlichen Anstieg dar. Zurückliegend schwankten die Zahlen zwischen 17 und 30 Anzeigen jährlich.

Obwohl in den meisten Fällen keine konkreten Erkenntnisse zur Motivation der Täter festgestellt werden konnten, ist in vielen Fällen von einer diffusen Kapitalismuskritik auszugehen. Dies verdeutlicht eine Bekennung zu einem Brandanschlag auf einen Pkw der Allianz-Versicherung am 05.07.2007. Diese Bekennung wurde in der linken Szenezeitschrift „Interim“ Nr. 662 vom 26.10.2007 veröffentlicht. Unter der Überschrift „hoffentlich allianz versichert“ kritisieren die Verfasser u.a. die Arbeitsbedingungen bei der Allianz und rufen zu weiteren „Attacken gegen Groß-Kapitalunternehmen“ auf. Des Weiteren wurde in der linken Szenezeitschrift „Interim“ zu einem „VOLXSPORT AKTIONSMONAT“ in der Zeit vom 10.05. bis 10.06.2007 aufgerufen. Dabei wurde u.a. dazu aufgefordert „was abzufackeln“.

Weitere Ursachen sind vermutlich die Proteste gegen EU- und G8-Gipfel, Straftaten im Zusammenhang mit dem 1. Mai oder die Nutzung und Versteigerung alternativer Wohnprojekte (z.B. Köpenicker Str. 137).

Auch könnten richterlich angeordnete Durchsuchungsmaßnahmen gegen politisch linksmotivierte Straftäter zur Begehung von Straftaten geführt haben.

So wurde am 18.05.2007 eine männliche Person von einer Zivilstreife dabei beobachtet, wie sie sich mit einem Tuch verummmt, schwarze Handschuhe anlegte und vor der Front eines Fahrzeuges der Deutschen Bahn hockend an der Motorhaube hantierte. Kurz darauf erblickten die Zivilkräfte einen Feuerschein aus dem



Fahrzeug. Die Person wurde festgenommen. Sie hatte mittels Brandbeschleuniger das Fahrzeug in Brand gesetzt. Das Feuer erlosch allerdings im Weiteren eigenständig. Die Person wurde zu sieben Monaten Haft verurteilt, die zu 3 Jahren Bewährung ausgesetzt wurden.

Insgesamt wurden 14 Personen im Zusammenhang mit Fahrzeuginbrandsetzungen festgenommen. Ein Tatverdächtiger erhielt Haftbefehl mit Verschonung. Bei zwei Personen bestätigte sich der Tatverdacht. nicht.

Staatliche Repression

Straftaten, begangen durch Personen der linken Szene, im Begründungszusammenhang staatliche Repression werden seit vielen Jahren begangen.

Am 09.05.2007 wurde bundesweit (jedoch mit Schwerpunkt in Berlin und Hamburg) eine Vielzahl von Durchsuchungen durchgeführt. Hauptsächlich betroffen waren Personen, die sich in der „militanten Anti-G8-Kampagne“ organisiert hatten und im Verdacht standen, an mehreren Anschlägen, die sich gegen den G8-Gipfel richteten, beteiligt gewesen zu sein.

Im Nachgang an die Exekutivmaßnahmen kam es in den Abendstunden des 09.05.2007 zu einer Solidaritätsdemonstration durch Berlin-Kreuzberg, an der sich etwa 3.000 Personen beteiligten. Die Demonstration setzte sich sowohl aus Personen der linken Szene als auch aus dem bürgerlichen Spektrum zusammen.

Am Endplatz der Demonstration kam es zu vereinzelt Flaschenwürfen auf eingesetzte Polizeibeamte.

In den Nachtstunden wurden durch unbekannte Täter mehrere Müllcontainer entzündet. Ein nicht vollständig entzündeter Brandsatz, der einem Fahrzeug gegolten haben dürfte, wurde aufgefunden.

In den folgenden Nächten wurden in Berlin ein Pkw Audi TT und Polizeifahrzeuge in Brand gesetzt sowie Schaufensterscheiben und Werbeflächen mit Pflastersteinen eingeworfen (Bezug zum Thema „Repression“ wurde in Selbstbeziehungsschreiben durch die Täter hergestellt).

In das Themenfeld „Repression“ werden auch die durch die linke Szene als Ausweitung der staatlichen Überwachung gesehene rechtlichen Befugnisweiterungen im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung gestellt. In diesem Zusammenhang kam es z.B. zu Sachbeschädigungen und Demonstrationen. Am 22.09.2007 kam es im Zusammenhang mit einer Demonstration gegen die Vorratsdatenspeicherung zu mehreren Festnahmen nach Auseinandersetzungen zwischen Personen der linksextremistischen Szene mit der Polizei.

3.4 Parteien/Organisationen/Vereine/Gruppierungen PMK - links

„militante gruppe“ (mg)

Am 31.07.2007 wurden drei Personen bei einem versuchten Brandanschlag auf Bundeswehrfahrzeuge in Brandenburg/Havel (Brandenburg) auf frischer Tat gestellt. Sie sind Beschuldigte im Verfahren gegen Mitglieder der „militanten gruppe“ (mg) und erhielten zunächst Haftbefehl.

Der mg werden insgesamt 38 Anschläge - vor allem in Berlin begangen - zugerechnet. Im Jahr 2007 wurden bis zur Festnahme der drei Täter vier Anschläge durch die Gruppe begangen (einschließlich der Tat vom 31.07.2007).

Seit den Festnahmen trat die Gruppierung nicht mehr in Erscheinung.

Mit Beschluss vom 28.11.2007 hat der Bundesgerichtshof (BGH) über die Haftbeschwerden der drei mutmaßlichen Mitglieder der mg entschieden. Die gegen die Beschuldigten bestehenden Haftbefehle wurden unter Auflagen außer Vollzug gesetzt.

Der 3. Strafsenat des BGH kam zu der Überzeugung, dass es sich bei der linksextremen Gruppierung mg nicht um eine terroristische, sondern um eine kriminelle Vereinigung handelt.



3.5 Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg / länderübergreifende Kriminalitätsphänomene PMK - links

Im vergangenen Jahr wurden bei demonstrativen Aktionen in Brandenburg Angehörige der linken Szene aus Berlin festgestellt.

Eine Zusammenarbeit verschiedener Berliner und Brandenburger Gruppen findet u.a. im Themenfeld „Antifa“ statt.

3.6 Prognose

Ein Hauptaugenmerk der linken Szene wird auch in Zukunft auf der Bekämpfung rechter Strukturen liegen. Trotz eines Rückganges der Straftaten im Themenfeld „Links gegen Rechts“ im Jahr 2007 ist weiterhin eine hohe Gewaltbereitschaft bei Links-Rechts-Auseinandersetzungen zu erwarten.

Ein weiteres Themenfeld im Jahr 2008 wird die Gentrifikation darstellen. Gentrifikation beschreibt einen sozialen Umstrukturierungsprozess von Stadtteilen/Quartieren durch Veränderung der Bevölkerung, meist einhergehend mit Restaurierungs- und Umbaumaßnahmen.

Zurückliegende demonstrative Aktionen mit einem teilweise hohen Mobilisierungsgrad unterstreichen, dass diese Thematik und der Aufbau und Erhalt linker Freiräume nach wie vor innerhalb der linken Szene einen hohen Stellenwert einnimmt.

Seitens der linken Szene wurden in der Vergangenheit Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden zum Anlass für Proteste und Straftaten genommen.

Ebenso wurden im Zusammenhang mit Protesten gegen Strafrechtsänderungen, die als Verschärfungen bzw. Steigerung staatlicher Repression wahrgenommen wurden, immer wieder Straftaten festgestellt.

Entsprechende Proteste werden auch in Zukunft durch die linksextremistische Szene zur Begehung von Straftaten genutzt werden.



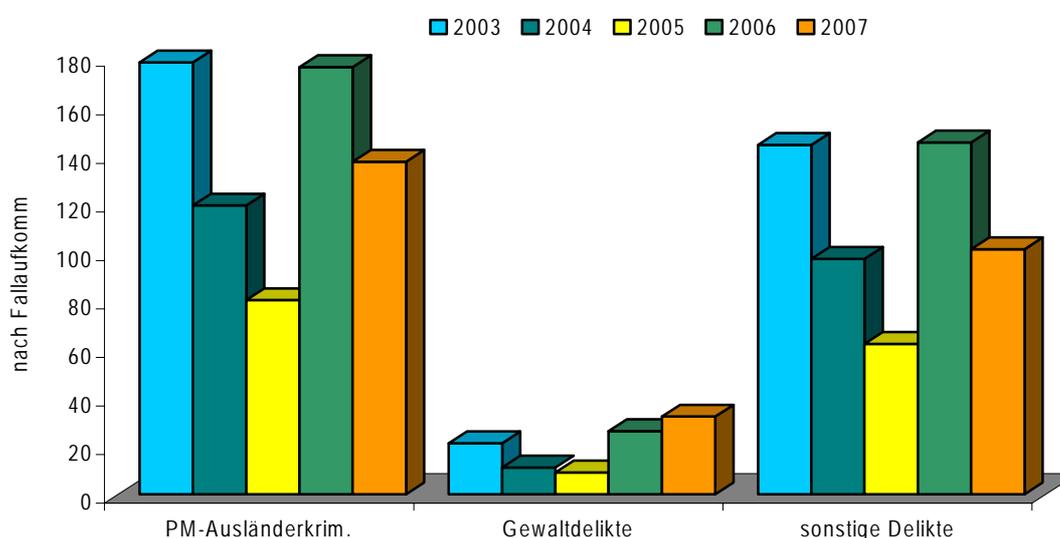
4. POLITISCH MOTIVIERTE AUSLÄNDERKRIMINALITÄT

4.1 Gesamtübersicht im Jahresvergleich

4.1.1 Entwicklung der Fallzahlen PM-Ausländerkriminalität

Im Jahr 2007 wurden im Rahmen des KPMD-PMK für den Phänomenbereich PM-Ausländerkriminalität insgesamt 137 Fälle gemeldet. In 99 Fällen lassen die Motivation des Täters und/oder die Umstände der Tat auf eine extremistische Einstellung schließen. Im Vorjahr wurden insgesamt 176 Fälle registriert, von denen 104 als extremistisch eingestuft wurden. 76 Fälle des Jahres 2007 wurden geklärt, im Jahr 2006 waren es 87 Fälle. Die Aufklärungsquote stieg von 49 % im Jahr 2006 auf 55 % im Jahr 2007.

	2003	2004	2005	2006	2007
Terrorismus ^b	1	4	4		
Gewaltdelikte	21	11	9	26	32
extremistisch	21	8	7	23	25
Propagandadelikte	12	7	5	5	4
extremistisch	7	6	3	4	1
sonstige Delikte	144	97	62	145	101
extremistisch	120	74	45	77	73
PM-Ausländerkrim.	178	119	80	176	137
extremistisch	149	92	59	104	99



Aufgrund des geringen Fallaufkommens wird auf die graphische Darstellung in den Bereichen Terrorismus und Propagandadelikte verzichtet.

⁵ Hierbei handelt es sich um Verfahren, die bis auf drei im Jahr 2005 beim BKA auf Grund der Deliktszuweisung geführt, aber dem Land Berlin wegen der Tatörtlichkeit statistisch zugeordnet wurden. Diese Verfahrensweise wird erst seit 2003 praktiziert.



4.1.2 Fallzahlen PM-Ausländerkriminalität mit ausgewählten Themen- und Unterthemenfeldern im Jahresvergleich

	Gesamt		Entwicklung		dav. extrem.		Entwicklung	
	2006	2007			2006	2007		
Gewaltdelikte	26	32	23%		23	25	9%	
Islam./Fundamentalismus								
PKK/Kurdenproblematik	13	19	46%		13	18	38%	
Propagandadelikte	5	4			4	1		
Islam./Fundamentalismus	1				1			
PKK/Kurdenproblematik	1				1			
sonstige Delikte	145	101	-30%		77	73	-5%	
Islam./Fundamentalismus	36	7	-81%		20	5	-75%	
PKK/Kurdenproblematik	37	45	22%		36	44	22%	
PM-Ausländerkriminalität	176	137	-22%		104	99	-5%	
Islam./Fundamentalismus	37	7	-81%		21	5	-76%	
PKK/Kurdenproblematik	51	64	25%		50	62	24%	

Legende: Rückgang um 5% bis 25% Anstieg oder Rückgang bis 5% Anstieg über 5% bis 25%
Rückgang mehr als 25% Anstieg über 25%

Das Gesamtaufkommen im Phänomenbereich PM-Ausländerkriminalität ist um 39 Fälle gesunken. Ursächlich dafür ist vor allem der Rückgang bei den sonstigen Delikten um 44 Fälle.

Das Fallaufkommen im Bereich der Gewaltdelikte ist um sechs Delikte angestiegen. Vor allem im Deliktsbereich Landfriedensbruch ist ein Anstieg der Fallzahlen von vier auf 10 Fälle festzustellen. Hintergrund ist die Demonstration „Aufruf zur Einigkeit und Brüderlichkeit zwischen Kurden und Türken“ am 28.10.2007, an diesem Tag wurden allein neun Landfriedensbrüche begangen. Diese sind dem Unterthema „PKK/Kurdenproblematik“ zuzurechnen.

Der Rückgang des Fallaufkommens bei den sonstigen Delikten ist auf den Rückgang der Fälle mit Themenfeldnennung „Islamismus/Fundamentalismus“ zurückzuführen. Öffentlichkeitswirksame Diskussionen, wie die Aufführung der Oper „Idomeneo“ und der sogenannte „Karikaturenstreit“, die zur Begehung von Straftaten im Jahr 2006 geführt hatten, waren in diesem Jahr nicht zu verzeichnen. Vor allem im Deliktsbereich Sachbeschädigung (2006: 20 Fälle, 2007: 12 Fälle) und Beleidigung/Üble Nachrede/Verleumdung (2006: 17 Fälle, 2007: 11 Fälle) ist das Fallaufkommen rückläufig.

Der Anstieg des Fallaufkommens mit Themenfeldnennung „PKK/Kurdenproblematik“ ist auf das erhöhte Fallaufkommen in den Deliktsbereichen Verstoß gegen das Vereinsgesetz (2006: 29 Fälle, 2007: 32 Fälle), Verstoß gegen das Versammlungsgesetz (2006: kein Fall, 2007: sechs Fälle) und Sachbeschädigung (2006: zwei Fälle, 2007: fünf Fälle) zurückzuführen.



4.1.3 Fallzahlen PM-Ausländerkriminalität nach Verwaltungsbezirken

	Gewaltdelikte		Propagandadelikte		sonstige Delikte		PM-Ausländerkrim.	
	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007
Charlottenburg-Wilmersdorf	1	1	2	1	12	9	15	11
Friedrichshain-Kreuzberg	10	13			20	13	30	26
Lichtenberg	2		1		4	1	7	1
Marzahn-Hellersdorf								
Mitte	8	10	1	1	45	46	54	57
Neukölln		4		1	10	10	10	15
Pankow	1				3	1	4	1
Reinickendorf	1		1		1		3	
Spandau	1				8	5	9	5
Steglitz-Zehlendorf	1			1	12	5	13	6
Tempelhof-Schöneberg	1	3			28	10	29	13
Treptow-Köpenick		1			2	1	2	2
Berlin gesamt	26	32	5	4	145	101	176	137

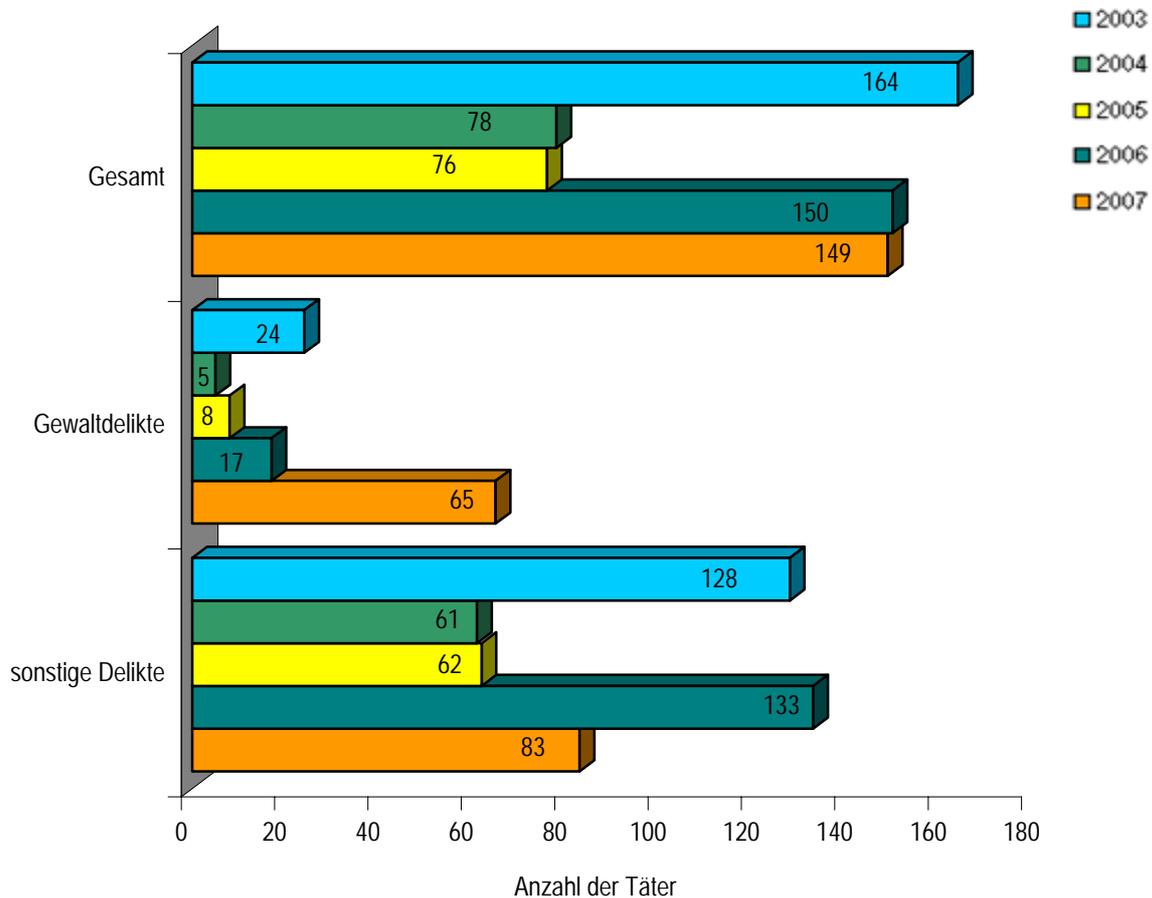
Das Gesamfallaufkommen ist in nahezu allen Verwaltungsbezirken rückläufig.

Der höchste Anstieg im Bereich der Gewaltdelikte ist im Verwaltungsbezirk Neukölln zu verzeichnen. Bei allen vier Gewaltdelikten handelt es sich um Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Türken.

Bei den sonstigen Delikten ist bis auf den Verwaltungsbezirk Mitte ein Rückgang der Fallzahlen festzustellen. Das hohe Fallaufkommen im Verwaltungsbezirk Mitte resultiert vor allem aus Fällen im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen (28). Der Verwaltungsbezirk Mitte stellt mit dem Regierungsviertel und dem Brandenburger Tor einen bevorzugten Veranstaltungsort für Versammlungen und Kundgebungen dar.



4.2 Tatverdächtige PM-Ausländerkriminalität



Aufgrund der geringen Anzahl Tatverdächtiger wird auf die graphische Darstellung der Bereiche Terrorismus und Propagandadelikte verzichtet.

Während die Anzahl der bekannt gewordenen Tatverdächtigen in den Jahren 2005 und 2006 stark rückläufig war, befindet sich die Anzahl der bekannt gewordenen Tatverdächtigen in diesem Jahr wieder auf dem Niveau der Jahre 2003 und 2004. Die Einrichtung der „EG Adalbert“ im Mitte 2006 und die damit einhergehende prioritäre Bearbeitung von Ermittlungsverfahren inklusive operativer Maßnahmen können zu einer erhöhten Aufklärungsquote geführt haben.



4.3 Herausragende Ereignisse PM-Ausländerkriminalität

Ermittlungsverfahren im Bereich PM-Ausländerkriminalität

Schwere Brandstiftung

Die Beschuldigten wurden am 20.03.2007 in Berlin-Neukölln (Direktion 5) beobachtet, wie sie ein Tele-Cafe betraten und sich in den hinteren, nicht einsehbaren Bereich begaben. Nach einiger Zeit verließen die Personen, aufgeteilt in Gruppen, die Räumlichkeiten.

Es folgte ein Treffen mit Jugendlichen an einem U-Bhf. in der Flughafenstr., und die Personen liefen nunmehr schnell in Richtung Hermannplatz. In Höhe der Hermannstr. 228 konnte gegen 23.50 Uhr eine starke Feuerentwicklung festgestellt werden. Bei der Örtlichkeit handelt es sich um den "Teke Tek Kulturverein". Die vier Personen rannten daraufhin lautstark schreiend in Richtung Mainzer Straße, wo sie dann festgenommen werden konnten. Eine Person roch auffallend stark nach Benzin. Im Zuge der Ermittlungen konnte ein weiterer Beschuldigter namhaft gemacht werden. Die am Brandort aufgefundenen Asservate enthielten Fingerabdruckspuren des Beschuldigten.

Gegen die fünf bekannten Täter erging im Dezember 2007 Strafurteil des Landgerichts Berlin. Im Urteil wurde festgestellt, dass die Verurteilten sich durch ihre Tat öffentliche Aufmerksamkeit für das Schicksal des in der Türkei inhaftierten PKK-Führers Abdullah Öcalan erhofften, um so für die Ziele der in der Bundesrepublik Deutschland verbotenen PKK zu werben.

Gewalttätige Ausschreitungen im Rahmen einer Demonstration, angemeldet von einem pro-türkischen Verein

Am 28.10.2007 kam es in Berlin-Neukölln (Direktion 5) im Anschluss an eine Demonstration zum Thema „Aufruf zur Einheit und Brüderlichkeit und zum Frieden zwischen Türken und Kurden“ zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den türkischen, ehemaligen Veranstaltungsteilnehmern und kurdischen Volkszugehörigen, die sich im Bereich Kottbusser Tor aufhielten.

Im Zuge dieser Auseinandersetzungen wurden auch Polizeibeamte angegriffen und zum Teil verletzt.

Es wurden diverse Verfahren eingeleitet, u. a. wegen besonders schwerem Landfriedensbruch, gefährlicher Körperverletzung und Raubes.

Schwere Brandstiftung

Unbekannte Täter warfen am 06.12.2007 in Berlin-Charlottenburg (Direktion 2) zwei Flaschen mit brennender Flüssigkeit gegen das Lebensmittelgeschäft "KHAVARMIANE". Im Juni 2007 ging in diesem Geschäft bereits eine telefonische Drohung ein. Es wurde angekündigt, dass das Geschäft bald brennen würde.

Der Anrufer bezog sich dabei auf die Kundschaft, welche zum Teil aus Mitarbeitern des iranischen Konsulates besteht.

Ermittlungsverfahren im Bereich Islamistischer Terrorismus

Verdacht der Volksverhetzung und Billigung von Straftaten

Im Mai 2007 wurde ein Ermittlungsverfahren gegen einen Lehrer der „Berlin International School“ wegen des dringenden Verdachts der Volksverhetzung gemäß § 130 StGB und der Belohnung und Billigung von Straftaten gemäß § 140 StGB eingeleitet. Der US-Amerikaner stand im dringenden Verdacht, im Internet unter einem Pseudonym mehrere Artikel veröffentlicht zu haben, in denen er für einen radikalen Islamismus eintrat und den bewaffneten Kampf gegen Un-/Andersgläubige befürwortete.

Nach Zustellung einer Ausweisungsverfügung und Titelversagung reiste der Mann am 20.09.2007 freiwillig aus dem Bundesgebiet aus. Die Klage gegen die Ausweisungsverfügung ist beim Verwaltungsgericht Berlin weiter anhängig.



4.4 Besondere Entwicklungen PM-Ausländerkriminalität

Besondere Entwicklungen im Bereich Ausländerextremismus

Weiterhin beeinflusst der Konflikt zwischen der türkischen Armee und Kurden das Demonstrationsgeschehen. So kommt es anlassbezogen zu Demonstrationen, bei denen es 2007 im Rahmen von aktuellen Kampfhandlungen und Tötungen in der Türkei/Nordirak in Berlin zu hochemotionalen Reaktionen zumeist auf Seiten der kurdischen Bevölkerung kam.

Im Jahr 2007 wurden von Jugendlichen/Jungerwachsenen Komalen Ciwan-Aktivist*innen Brandanschläge gegen ein türkisches Vereinslokal und einen türkischen Idealisten-Verein begangen, sowie Brandlegungsmittel auf öffentlichen Straßenland bzw. auf abgestellten Fahrzeugen geworfen (Straßenkreuzungen).

Anlässlich einer Demonstration Ende Oktober 2007, angemeldet von einem pro-türkischen nationalistischen Verein, kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen türkischen Teilnehmern und kurdischen Volkszugehörigen in Berlin-Kreuzberg sowie den polizeilichen Einsatzkräften. Ähnlich gelagerte Auseinandersetzungen, ausgehend von einer pro-türkischen Veranstaltung, gab es seit 1993 nicht mehr.

Besondere Entwicklungen im Bereich Islamistischer Terrorismus

Wie bereits im Vorjahr ist auch im Jahr 2007 das Internet verstärkt als Propagandamedium für islamistische Terroristen bzw. Gruppierungen genutzt worden. So stellten führende Al-Qaeda-Mitglieder im Verlauf des Jahres zahlreiche Audio- und Videobotschaften ins Netz, um eine breite Öffentlichkeit zu erreichen.

Von Bedeutung bei der Verbreitung von Propagandamaterial und Bereitstellung von Schulungsunterlagen ist auch die sogenannte "Global Islamic Media Front" (GIMF), eine nicht erkennbar hierarchisch strukturierte Vernetzung islamistischer Ideologen und IT-Fachleute. Von der GIMF angekündigte Attacken auf islamfeindliche Server sind bislang ausgeblieben.

Die Festnahme von drei Terrorverdächtigen (darunter zwei deutschen Staatsbürgern) im September 2007 und das anschließend im Internet veröffentlichte Bekenner schreiben der usbekischen Terrororganisation „Islamische Jihad Union“ (IJU) verdeutlichen, dass Deutschland auch Ziel von islamistisch motivierten Anschlägen werden könnte. In dem Bekenner schreiben wird auf die Nutzung des Flugplatzes Termez (Usbekistan) durch die Bundeswehr verwiesen und die Einstellung der Zusammenarbeit Deutschlands mit Usbekistan verlangt.

Aktivitäten gegnerischer Nachrichtendienste

Wie in den Jahren zuvor, wurden im Jahr 2007 geheimdienstlich gesteuerte Aktivitäten gegnerischer Dienste mit Berlinbezug festgestellt. Es handelte sich um neun Sachverhalte; drei Fälle wies die Bundesanwaltschaft dem BKA zu, die übrigen sechs Sachverhalte bearbeitet das zuständige Fachkommissariat beim Polizeipräsidentium Berlin.

Die Aktivitäten der Dienste betreffen auslandsbezogene, regimekritische Strukturen und Gruppierungen sowie deren Einwirkungsmöglichkeiten auf die jeweiligen Herkunftsländer.

4.5 Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg / länderübergreifende Kriminalitätsphänomene PM-Ausländerkriminalität

Im vergangenen Jahr haben sich keine länderübergreifenden Einsatzmaßnahmen der Polizei anlässlich von Demonstrationen oder Ermittlungs- und Gerichtsverfahren mit länderübergreifender Relevanz ergeben.



4.6 Prognose PM-Ausländerkriminalität

Prognose für den Bereich Ausländerextremismus

KONGRA GEL (ehemals PKK / KADEK)

Auch 2008 ist mit Demonstrationen der KONGRA-GEL zu rechnen, deren Verlauf solcher Demonstrationen vom aktuellen politischen Geschehen in der Türkei bzw. dem Nordirak beeinflusst wird.

So verliefen einzelne Demonstrationen, die im Nachgang von aktuellen Angriffshandlungen der türkischen Armee bzw. von Exekutivmaßnahmen in Frankreich und in Westdeutschland stattfanden, hochemotional und teilweise gewalttätig.

Als relevant zu betrachten sind die Jahrestage der Festnahme von Öcalan, der Besetzungen/Erstürmung des griechischen und israelischen Konsulats und ab März die in Betracht zu ziehende Frühjahrsoffensive der türkischen Armee. Hier sind neben Demonstrationen auch gewalttätige Aktionen einzelner Täter bzw. von Kleingruppen zu erwarten.

Für die Veranstaltungen kurdischer Vereine und Organisationen gilt zunächst weiterhin der grundsätzliche Friedenskurs der PKK-Führung für Deutschland, jedoch sind einzelne, öffentlichkeitswirksame Aktionen der Jugend denkbar, die von der PKK-Führung getragen werden.

Nationale Türken

Im letzten Jahr kam es zu einer unerwarteten Emotionalisierung im Rahmen einer Demonstration nationaler Türken in Bezug auf den türkisch-kurdischen Konflikt. Die Veranstaltung endete mit Ausschreitungen der türkischen Versammlungsteilnehmer gegenüber kurdischer Volkszugehörigen.

Auch für das kommende Jahr ist mit Veranstaltungen national ausgerichteter Türken zu rechnen.

Grundsätzlich ist zunächst von einem friedlichen Verlauf auszugehen, jedoch kann es bei bewusst provokantem, emotionalem Verhalten der nationalen Türken gegenüber kurdischen Volkszugehörigen zu Auseinandersetzungen kommen.

Auch im Rahmen von kurdischen Demonstrationen ist mit Provokationen durch Türken (wie z. B. das Zeigen der türkischen Nationalflagge) zu rechnen.

Prognose für den Bereich Islamistischer Terrorismus

Im Bereich des islamistischen Terrorismus ist von einem anhaltenden allgemeinen Bedrohungsszenario auszugehen. Die Vorbereitungshandlungen für Sprengstoffanschläge und die damit im Zusammenhang stehenden Festnahmen von drei Tatverdächtigen im September 2007 in Deutschland bestätigen die bereits im letzten Jahr festgestellte Entwicklung, dass Deutschland auch Aktionsraum islamistischer Terroristen ist.

Wie der verhinderte Anschlag gezeigt hat, stellt die Präsenz deutscher Truppen in Afghanistan und den angrenzenden Ländern einen Begründungszusammenhang für Anschläge dar. Das deutsche Truppenkontingent in Afghanistan war darüber hinaus im Internet in Verlautbarungen von in Afghanistan ansässigen Terrororganisationen thematisiert. In diesem Zusammenhang wurden bereits allgemeine Drohungen gegen Deutschland und deutsche Interessen im Ausland formuliert. Das zunehmende Engagement der Bundeswehr in Afghanistan wird diese Entwicklung weiterhin voran treiben.

Die Bedeutung des Internets zu Propagandazwecken und als Informationsplattform wird weiter zunehmen.



5. NICHT ZUZUORDNEN

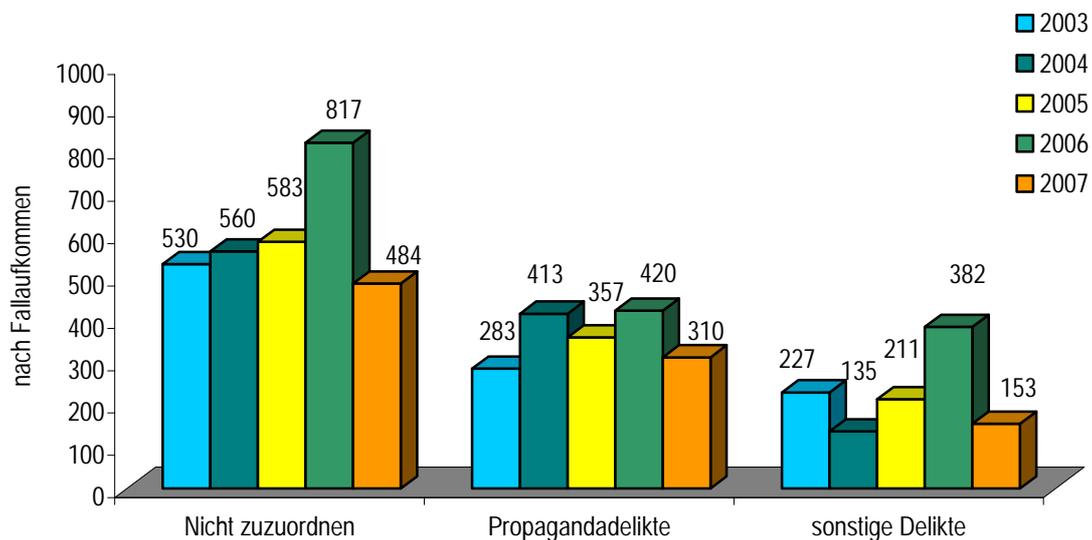
5.1 Gesamtübersicht im Jahresvergleich

5.1.1 Entwicklung der Fallzahlen Nicht zuzuordnen

Im Jahr 2007 wurden im Rahmen des KPMD-PMK insgesamt 484 Fälle gemeldet, die keinem der drei Phänomenbereiche zuzuordnen waren. In 10 Fällen lassen die Motivation des Täters und/oder die Umstände der Tat auf eine extremistische Einstellung schließen. Im Vorjahr wurden insgesamt 817 nicht zuzuordnende Fälle registriert, von denen 21 als extremistisch eingestuft wurden.

Im Jahr 2006 wurden 458 Fälle geklärt, im Jahr 2007 waren es 241 Fälle. Die Aufklärungsquote sank von 56 % im Jahr 2006 auf 50 % im Jahr 2007.

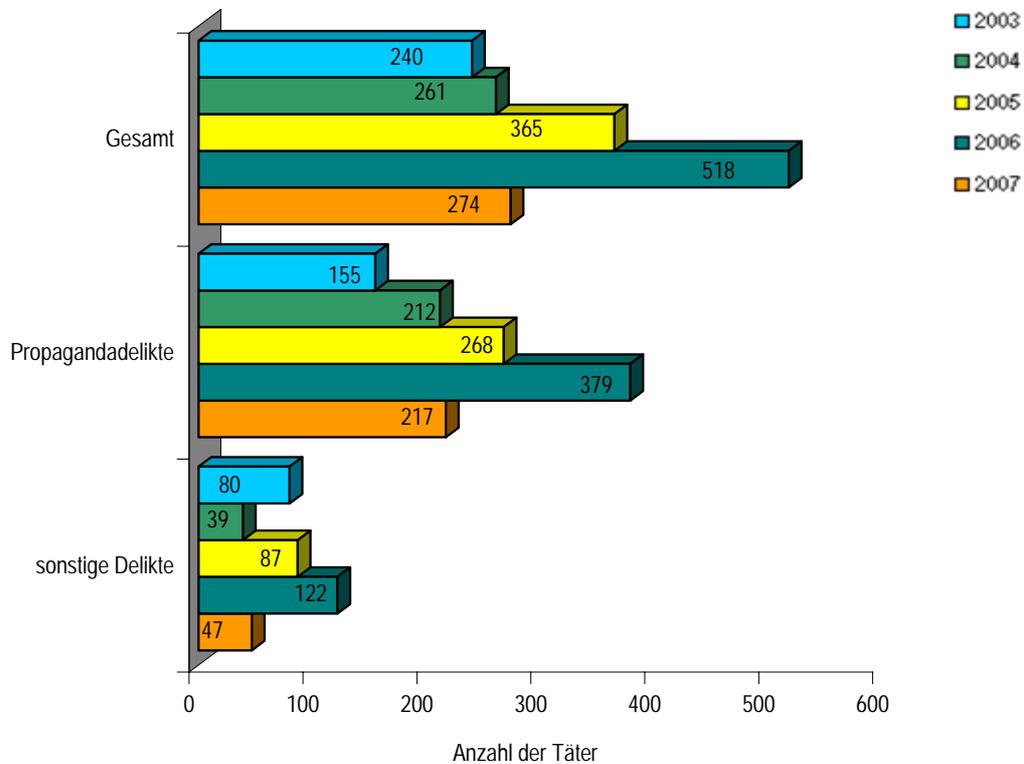
	2003	2004	2005	2006	2007
Gewaltdelikte	20	12	15	15	21
extremistisch	8	4	8	3	1
Propagandadelikte	283	413	357	420	310
extremistisch	4	9	4	3	2
sonstige Delikte	227	135	211	382	153
extremistisch	46	36	19	15	7
Nicht zuzuordnen	530	560	583	817	484
extremistisch	58	49	31	21	10



Aufgrund des geringen Fallaufkommens bei den Gewaltdelikten wird auf die graphische Darstellung verzichtet.



5.2 Tatverdächtige Nicht zuzuordnen



Aufgrund der geringen Anzahl Tatverdächtiger bei den Gewaltdelikten wird auf die graphische Darstellung verzichtet.